

Offene Fragen an den Bundespräsidenten

an Neujahr '25

Sehr geehrter Herr Bundespräsident Steinmeier,

mein [Offener Brief an alle Staatsdiener im Advent '24](#) ist unter www.verfassungsbitte.de zusammen mit allen weiteren wesentlichen Informationen abrufbar. Dieser Brief ging am 19. Dezember per Email an Sie und 10 weitere, besonders relevante staatliche Stellen. Dass die enthaltene Information so alle Staatsdiener innerhalb der wegen hoher Relevanz adressierten Stellen erreicht hat, ist wohl eher unwahrscheinlich! Und anderen Stellen zugehörige Staatsdiener wurden damit sehr sicher nicht erreicht! Angesprochen habe ich aber im Titel des Briefes **ALLE STAATSDIENER**. Inwieweit auch wirklich ALLE STAATSDIENER meine verfassungsmäßige Argumentation kennen sollten, ist aber irrelevant, denn sie sind großteils Staatsbürger, die – wie sich zeigen wird – ohnehin informiert werden sollten. Und da kommen Sie ins Spiel.

Zur Rolle des Bundespräsidenten

Ohne auf allerlei mögliche Handlungen im Amt konkret einzugehen, gehe ich von meiner allgemeinen Kenntnis aus, dass der Bundespräsident oberster Repräsentant des Deutschen Volkes nach außen und nach innen ist. Nach außen gegenüber anderen Nationen. Und nach innen vertritt der Bundespräsident das Volk gegenüber dem Staat, also der vom Volk **Verfassten Gewalt**. Dies zeigt sich insbesondere darin, dass er beim Ausfertigen

von Bundesgesetzen als letztes entscheidendes Glied der Gesetzgebung die Verfassungsmäßigkeit prüft. Er prüft also immer vor dem in Kraft treten von Gesetzen, ob sie der vom Volk gegebenen Verfassung genügen. Über diese vorgeschriebene Aufgabe hinaus, kann der Bundespräsident auch im Namen des Volkes nach innen (auf den Staatsapparat) wirken, indem er zum Beispiel öffentlich das Wort ergreift, um auf bedenkliche Fehlentwicklungen hinzuweisen, die er korrigiert sehen möchte. Derartige Anstöße zur Korrektur bedenklicher Fehlentwicklungen, ob politische oder polit-kulturelle, sind zwar vornehmlich verfassungsrechtlicher Natur, können aber durchaus auch darüber hinaus (beispielsweise in Richtung entgleisender Debattenkultur oder Ähnlichem) gehen. Als Beispiel verfassungsrechtlicher Natur sei genannt, dass der Bundespräsident ja auch entdecken kann, dass er ein Gesetz für verfassungswidrig ansieht, welches aber in Kraft ist, weil es von einem seiner Vorgänger unterschrieben wurde. Wie dem auch sei, hat der Bundespräsident jederzeit die Möglichkeit, wo er es für notwendig erachtet, das Wort zu ergreifen, um nach innen zu wirken. Insbesondere auch mit ...

Kritik an der Arbeit des Staatsapparats

Wo derartige Kritik eines Bürgers von den kritisierten staatliche Stellen ignoriert wird, obwohl eine Korrektur (insbesondere sogar verfassungsrechtlich zwingend) erforderlich wäre, kann der Bundespräsident seine unüberhörbare Stimme der Kritik des Bürgers widmen. Die Stimme des Bundespräsidenten ist unüberhörbar, wenn er im Öffentlich Rechtlichen Rundfunk spricht. So kann er also gegebenenfalls nicht nur alle Staatsdiener in Kenntnis setzen, sondern auch alle Staatsbürger.

Wirksamkeit normaler Texte

Kritik kann in Form normaler Texte geäußert werden. Dabei werden dann einfach kritische Aussagen in Sätzen aneinandergereiht und zusammen mit den Voraussetzungen und Gründen der Kritik erläutert. Derart geäußerte Kritik ermöglicht aber den Kritisierten, beim Nachdenken geflissentlich wesentliche Aussagen der Kritik zu verdrängen. Stattdessen kann man sich dann an eigenen Aussagen festhalten, die zwar richtig sind, aber eben wesentliche Kritikpunkte unbemerkt gar nicht entkräften, sondern nur unberücksichtigt lassen.

Wirkung von Fragen nach der Wahrheit

Bei in herkömmlichen Texten geäußerter Kritik werden also oft wesentliche Kritikpunkte ausgeblendet, sei es unbewusst verdrängend oder auch absichtlich ignorant.

Um dem vorzubeugen, kann Kritik so umformuliert werden, dass jede wahrhaft kritische Aussage in eine Frage nach der Wahrheit der Kritik umgewandelt wird.

Sind alle so in Frage gestellten Kritikpunkte berechtigt, dann lautet die Antwort auf alle gestellten Fragen **JA**. Die Kritik ist also nur dann nicht vollständig berechtigt, wenn zumindest eine Frage mit **NEIN** beantwortet wird.

Ohne begründetes **NEIN**, ist die Kritik **in allen Punkten berechtigt und deshalb zu berücksichtigen!**

Ignoriert dies ein Staatsdiener, dann muss er wissen,
**dass seine Ignoranz an die
Öffentlichkeit kommen wird.**

1. Sind Sie als Staatsdiener auch der Meinung, dass aller Ignoranz öffentlich entgegen zu wirken ist?

Diese erste Frage ist übrigens die erste aller fortlaufend nummerierten Fragen, die ich alle von Ihnen als mit **JA** beantwortet ansehe, wenn Sie mir nicht mit einem wohl begründeten **NEIN** (auf die jeweilige Frage) antworten! Dies hat für Sie den Vorteil, dass Sie mir keine Frage beantworten müssen, zu der Sie nicht **NEIN** sagen.

2. Haben Sie dieses JA-Frage-Prinzip verstanden, bei dem ich immer so frage, dass ich ein **JA** erwarte und für mich nur ein **NEIN** begründet werden muss?
3. Sollte der Bundespräsident, wenn wichtige Organe des Staats das Grundgesetz an tragender Stelle missachten, dies an die Öffentlichkeit bringen, damit die Missachtung ganz schnell aufhört?

Der unmittelbar geltende Gleichheitssatz

4. Bindet der **Gleichheitssatz "Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich"** aus [Art. 3](#) Abs. 1 GG gemäß [Art. 1](#) Abs. 3 GG alle Staatsgewalten und damit auch alle Staatsdiener als unmittelbar geltendes Recht?
5. Heißt das, dass seine Geltung keines Mittels der Inkraftsetzung bedarf und auch kein Mittel der Außerkraftsetzung zulässt?
6. Gilt der Gleichheitssatz demnach unmittelbar als verfassungsmäßig vorgeschriebenes Ideal, **das der Gesetzgeber zu verwirklichen hat?**
7. **Müssen darauf alle Staatsdiener hinwirken und unbedingt von sich aus jede Ungleichbehandlung unterlassen bzw. zu verhindern suchen?**
8. Ist dies auch deshalb der Fall, weil die Grundrechte aus der Würde des Menschen fließen, die zu achten

und zu schützen laut [Art. 1](#) Abs. 1 GG Verpflichtung aller staatlichen Gewalt ist?

Ungleichheit durch Geld-Einfluss

9. Kann, wenn mittels Geld politische Vorgänge beeinflusst werden können, mehr Einfluss erkaufen, wer mehr Geld hat (vor allem wer superreich ist)?
10. Verletzt das bezüglich der Ausübung von Staatsgewalt (gemäß [Art. 20](#) Abs. 2 GG) den Gleichheitssatz und damit alle weniger reichen Staatsbürger im Grundrecht auf Gleichbehandlung?
11. Konnten einflusswillige Finanzkräfte bisher kreativ ausweichende Möglichkeiten der Einflussnahme suchen, um gesetzliche Gegenmaßnahmen zu umgehen?

Beweislast-Umkehr gegen Ausweichen

12. Kann dieses Ausweichen ausgeschlossen werden mit Hilfe des Prinzips des folgenden

Beweislast-Umkehr-Gesetzes?

"Wer im Verdachtsfall nicht nachweisen kann, dass sein Geld KEINEN Einfluss auf politische Vorgänge hat, wird so empfindlich bestraft, dass jegliche Einflussnahme mittels Geld aufhört."

13. Kann nur solcherlei Beweislast-Umkehr-Gesetz **umfassend und endgültig** jedem erdenklichen, finanziellen Einfluss entgegenwirken?
 14. Ist nur so der unmittelbar geltende Gleichheitssatz Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich bezüglich politischer Einflussnahme endgültig zu erfüllen?
- (Das interessiert sehr wahrscheinlich alle Staatsbürger!)

Verfassungsmäßige Erforderlichkeit

15. Wenn nun eine unmittelbar geltende Vorschrift nur durch so ein Beweislast-Umkehr-Gesetz tatsächlich endgültig erfüllt werden kann, ist dann ein solches Gesetz verfassungsrechtlich zwingend erforderlich?
16. Muss aber als Ausnahme wegen [Art. 17](#) GG die Erstellung von Petitionen finanziert werden dürfen?
17. Sind auch Steuergelder selbstverständlich nicht als Einflussnahme auf politische Vorgänge zu werten?

Korrektes Verhalten von Staatsdienern

18. Sind alle, die an der Gesetzgebung beteiligt sind, insbesondere alle Mitglieder des Bundestags, in der dringenden verfassungsmäßigen Pflicht, sofort aktiv zu werden für ein Beweislast-Umkehr-Gesetz?
19. Sind auch alle anderen Staatsdiener verpflichtet, dies ihren Möglichkeiten entsprechend zu forcieren, so dass sie zu informieren notwendig ist und auch sie eventuell öffentlichkeitswirksam tätig werden?
20. Sind Staatsdiener, die ihre diesbezügliche Pflicht nicht ihren Möglichkeiten entsprechend erfüllen, verfassungs- und staatsfeindlich, also Volksverräter?

Humorvoller Zusatz in eigener Sache

21. Ist **JA** auch Abkürzung für **Jesu Auferstehung** ?

Mit christlich-demokratisch-freundlichem Gruß
wünsche ich ALLEN Menschen in Deutschland und
Über-All ein von Gott gesegnetes Neues Jahr 2025
